

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied August Desenz
Ausschussmitglied Martin Harms

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussvorsitzender Horst Radmer

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat Erika Lach

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ausschussmitglied Joachim Ender

Bedienstetenvertreter

Bedienstetenvertreter Dieter Kanth
Bedienstetenvertreter Holger Münstermann
Bedienstetenvertreter Rüdiger Rieck

Gäste

Fachbereichsleiter Jörg Valnion

Verwaltung

Werksleiter Klaus-Dieter Kottek
Abteilungsleiter Jürgen Feike (Protokollführer)
Stadtinspektorenanwärter Marco Fuss (Mitarbeit Protokoll)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschluss über die Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Werksausschusses Straße und Grün vom 29.04.2009
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 AÖR
 - 4.2 K.W. Brücke
 - 4.3 Verschiebung der nächsten Sitzung
 - 4.4 Verkehr Schopenhauer Str./Kirchreihe bis zum Parkplatz
 - 4.5 Halte- und Parkverbotsschilder Bereich Mühlenweg
 - 4.6 Fahrbahnmarkierungen Mühlenweg
 - 4.7 Reinigung Verkehrsschilder

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Radmer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Werksausschusses Straße und Grün vom 29.04.2009

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Straße und Grün vom 29.04.2009 wurde einstimmig genehmigt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 AÖR

Herr Radmer und **Herr Kottek** sagten, dass man gerne bereit war, aufgrund des Antrages der Bedienstetenvertreter, zur heutigen Sondersitzung einzuladen um weitere Informationen zum Thema AÖR zu erhalten. **Herr Radmer** begrüßte **Herrn Valnion**, der sich bereit erklärte zum Thema zu informieren.

Da die Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss jetzt erst in der Septembersitzung zur Abstimmung kommt, sei derzeit der Termindruck nicht mehr gegeben, jedoch sollte jede Gelegenheit genutzt werden um Fragen zu beantworten. Der Satzungsentwurf vom 25.05.09 ist der derzeit aktuelle Entwurf.

Herr Valnion führte aus, dass es derzeit 49 Beteiligungen beim Konzern Stadt Wilhelmshaven gibt. Das Fides-Gutachten schlägt eine Absenkung der Beteiligungen auf 30 vor.

Weiter führte **Herr Valnion** in seinem Vortrag wie folgt aus:

„Die AöR ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit und 2 Organen (Vorstand u. Verwaltungsrat). Die Grundlage der AöR bildet die Satzung. Die AöR kann hoheitliche Funktionen wahrnehmen und durch die Stadt WHV Aufgaben übertragen bekommen. Sie besitzt die Dienstherrenfähigkeit und kann Satzungen erlassen. In die AöR sollen die Eigenbetriebe SGW, WEB, SDW sowie u.a. die Beteiligungsgesellschaft der Stadt WHV und die Krematorienverpachtungsgesellschaft aufgenommen werden. Sie übernimmt die Aufgaben der Eigenbetriebe (§ 2 der Satzung). Bei der Erstellung der Satzung hat man sich an der Stadt Leer orientiert. Die AöR der Stadt Leer besteht bereits und wurde somit von der Aufsichtsbehörde genehmigt. Die AöR soll „Wirtschaftsbetriebe der Stadt Wilhelmshaven“ heißen. Den Vorstand sollen die Personen des jetzigen Verwaltungsvorstandes bilden. Der Verwaltungsrat (13 Ratsmitglieder und einem Bedienstetenvertreter) beaufsichtigt den Verwaltungsvorstand

Die Organisation der AöR Unterteilung soll in drei Blöcke gegliedert werden:

1. Datenverarbeitung
2. Finanzen, Beteiligungen, Liquiditätsmanagement und Personal
3. Technik

Es sollen zwei beratende Gremien/Ausschüsse anstelle der Werksausschüsse eingerichtet werden:

1. Ausschuss (WEB/SGW)
2. Finanzen/Controlling/Personal
mit jeweils 6 Mitglieder.

Das Personal soll in die AöR übergeleitet werden. Die AöR wird Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband und der VBL sein. Weiterhin findet das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz Anwendung.

Im Personalüberleitungsvertrag soll ein Rückkehrrecht zur Stadt, Durchlässigkeit der Ausschreibungen und Qualifizierung/Fortbildung festgeschrieben werden.

Es soll zu keiner Schlechterstellung des Personals kommen.

Die Einsparung in Höhe von fünf Millionen aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept soll nicht von der AöR alleine erwirtschaftet werden. Die Einsparung sollen alle bisherigen 49 Gesellschaften erbringen. Das Jahresergebnis 2007 aller Beteiligungen belief sich auf 213 Millionen Euro (Sparkasse/GEW abgezogen), davon sollen 5 Millionen (2,5 %) erspart werden. Im Kernhaushalt sind 186 Millionen, von denen ebenfalls 5 Millionen eingespart werden sollen. Durch intelligentes Sparen scheint dies durchaus realistisch.

Inzwischen wurde der Haushalt für das Jahr 2009/2010 genehmigt. Für das Jahr 2009 uneingeschränkt und 2010 mit Einschränkungen (Kredite und Kassenkredite wurden noch nicht in voller Höhe gewährt). Das Haushaltskonsolidierungskonzept soll durch Einzelbeschlüsse konkretisiert werden.

In der AöR sollen einige Aufgaben gebündelt werden (z.B. zentrale Mittelbewirtschaftung, gemeinsames Kreditwesen, gemeinsamer Einkauf, Fuhrpark, Personalverwaltung, Finanzbuchhaltung und EDV).

Herr Radmer kritisierte die bisherige ehrgeizige Zeitschiene mit der dadurch geringen Informationszeit.

Herr Kempcke sprach sich gegen eine AöR aus, da Synergieeffekte auch so genutzt werden könnten und die Gründung der Vielzahl von Gesellschaften auch seine Gründe hatte und in jedem Einzelfall von der Verwaltung seinerzeit vorteilhaft dargestellt und vom Rat beschlossen beschlossen worden war. Weiter führte **Herr Kempcke** aus, dass der Rat mehr Transparenz und weniger Gesellschaften/Firmen wünscht, aber durch die AöR sieht er eine Entmachtung des Rates. Ebenfalls kritisiert er die Zeitschiene und die fehlenden Informationen Synergieeffekte würden bereits durch Geschäftsbesorgungsverträge genutzt. **Herr Kempcke** sieht noch einen großen Aufklärungsbedarf.

Herr Harms kritisierte die fehlende Macht durch den Verwaltungsrat, gleichwohl hielt er Einsparungen für möglich.

Herr Kanth kritisierte, dass die schriftlich an den FB 20 gerichteten Fragen des Personalrates bisher nicht beantwortet wurden. Er vermutete, dass die Einsparungen durch weiteren Personalabbau erreicht werden soll. Weiter führte **Herr Kanth** aus, dass mehrere Kredite in den nächsten Jahren auslaufen und die neuen Konditionen, aufgrund der gesunkenen Bonität (AöR kann insolvent gehen), dadurch schlechter sein könnten. Sollte eine vorzeitige Abwicklung durch die Änderung der Rechtsform notwendig sein könnte dies Millionen kosten. Zinssteigerungen wiederum könnten zu Gebührenerhöhungen führen. Er rät dem Rat dieses nochmal genauer zu prüfen. Die Kontrolle des Rates würde sich durch die Abschaffung der jeweiligen Werksausschüsse verschlechtern. Der im Verwaltungsrat zu entsendende Beschäftigtenvertreter ist ohne Stimmrecht, dies ist nach seiner Ansicht eine Farce. Lt. Satzung arbeiten die Vorstände nebenamtlich, was ihn bei einem solchen Fulltimejob schon wundert. Weiter kritisierte er, dass die Vorstände beim Mutterkonzern/der Stadt angeschlossen bleiben, die Beschäftigten aber voll in die AöR wechseln. Weiter äußerte **Herr Kanth** die Befürchtung, dass eine 2,3 oder 4 Klassengesellschaft entstehen könnte. Da die AöR Gesellschaften gründen könnte, besteht die Möglichkeit über diese Niedriglohn-Personal einzustellen und an die Betriebe auszuleihen. Deshalb fordere er einen einheitlichen Tarifvertrag. Die Stadt möchte jedoch flexibel bleiben und diesem nicht zustimmen. Er befürchtet eine Konstellation wie im RNK (5 Tarife), dort gibt es

nach seinen Ausführungen Personalprobleme (Abgänge aufgrund der Konditionen/Probleme untereinander) und die Arbeit leidet unter diesen Umständen.

Weiter fehlen eine Organisationstransparenz, ein Organigramm, eine Aufgabenbeschreibung, ein Leitbild sowie die Ziele der AöR.

Seitens der Personalvertretung wird mindestens ein Tarifüberleitungsvertrag gefordert werden. Der Rat sollte bei seiner Entscheidung nicht außer Acht lassen, dass es sich bei den zukünftigen AöR-Mitarbeitern um insgesamt ca. 300 Arbeitnehmer handelt.

Herr Ender schloss sich den Ausführungen von **Herrn Kempcke** und **Herrn Kanth** an und führte weiterhin aus, dass 32 Mitglieder des Rates entmachtet werden und nur noch durch 12 ausgewählte Mitglieder des Rates Stimmrecht hätten. Weitere Synergieeffekte zweifelte **Herr Ender** an, da bereits heute die WEB die Buchhaltung für SGW mache und es bereits eine zentrale Werkstatt gäbe. **Herr Ender** befürchtet, dass die Stadt Geld aus den Betrieben ziehen wolle um den Haushalt zu sanieren.

Frau Lach sprach sich auch gegen die zu kurze Zeitschiene aus, da die schwierige juristische Materie es erfordere sich länger damit auseinander zu setzen. Sie regte an, die Umsetzung erst nach der Kommunalwahl anzugehen.

Herr Valnion sah die Zeitschiene als angemessen an, da die Entscheidung auf September verschoben würde. Wenn die Wahl oder das Ausscheiden des OB/des Kämmerer abgewartet werden sollte würde es nie eine Veränderung geben. Da der Rat vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen nicht zugestimmt hätte, müssten daher die Kosten beim Personal und den Sachkosten eingespart werden. Durch andere Organisationformen könne ggf. Personal eingespart werden, weiterhin schreibt die NGO vor, dass die Betriebe Überschüsse erzielen und so einen Beitrag zum Haushalt beitragen müssten.

Herr Valnion ergänzte, dass zukünftig mutige Entscheidungen getroffen werden müssten und man sich von der einen oder anderen Aufgabe verabschieden müsste.

Herr Radmer kritisierte erneut die zeitliche Schiene und forderte Transparenz und die entsprechenden Unterlagen (Organisation). Auch müsste eine Eröffnungsbilanz erstellt werden die dem Rat rechtzeitig vorzulegen ist. Er merkte an, dass der Rat seine Aufgaben in den letzten Jahren aus seiner Sicht nicht erfüllt habe. Er sollte Vorgaben an die Verwaltung und den Betrieben geben (bzgl. Ausgaben der Gelder) dies sei in nicht ausreichender Weise geschehen.

Herr Harms vertrat die Auffassung, dass zunächst die Satzung erstellt werden muss und im Anschluss daran würden die weiteren Schritte abgearbeitet.

Herr Kempcke würde sich ein anderes Verfahren mit Nennung der Vor- und Nachteile einer AöR wünschen.

Herr Radmer führte aus, dass eine Umstrukturierung erforderlich sei und dass der Grundsatzbeschluss durch den Rat bereits gefasst wurde. Er forderte ein durchdachtes Umsetzungskonzept. Er sei nicht der Meinung, dass der Verwaltungsvorstand automatisch zum Vorstand der AöR wird. Er fragte wie die weitere Vorgehensweise geplant sei. Des Weiteren sei die Satzung nicht konsequent durchdacht und derzeit halte er eine Abstimmung darüber für nicht möglich.

Herr Valnion führte aus, dass die Stadt sich derzeit in Abstimmung mit dem Innenministerium befinde und da die Satzung auf Basis der Satzung der Stadt Leer erstellt wurde, gehe er von einer Genehmigung aus.

Herr Valnion bot den Ratsmitgliedern an schriftliche Fragen einzureichen. Diese würden dann bestmöglich beantwortet. Projektgruppen, an denen auch der Personalrat teilnimmt, seien eingerichtet.

Herr Radmer ergänzte, dass jeder Ratsherr und auch der Personalrat sich an den Oberbürgermeister oder dem Kämmerer (Schreiben vom 26.05) mit seinen Fragen wenden könne.

Herr Kanth ergänzte, dass der Personalrat am 12.03. Fragen gestellt habe und diese bisher nicht beantwortet worden seien. Man sollte aus seiner Sicht auch über eine Rekommunalisierung (alles unter einem Dach) nachdenken. Er sei der Meinung, dass sich alle nochmal an einen Tisch setzten sollten um eine Lösung zu finden.

Herr Radmer bemängelte das der § 6 aus der Satzung Leer nicht übernommen wurde. Dieser umfasse eine klare Aufgabenbeschreibung des Verwaltungsrates (§ 6 Satzung Leer).

Herr Harms vertrat die Auffassung, dass die Satzung grobflächig sei und für jeden Bereich noch eine spezielle Satzung geschaffen werden müsse mit weiterführenden Regelungen.

Herr Radmer führte dagegen aus, dass die Satzung endgültig und definitiv als Dach beschlossen werden soll.

Herr Valnion hielt ebenfalls eine Diskussion auch wichtig und bat um Verständnis, dass Fragen zum Endstand noch nicht beantwortet werden könnten.

4.2 K.W. Brücke

Herr Kottek gab den Terminplan für die Renovierungsarbeiten bekannt.

Die Ausschreibung für den ersten Teil der Baumaßnahme (technischer Teil) wird durch das Büro Eriksen Ende Juli begonnen.

4.3 Verschiebung der nächsten Sitzung

Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Sitzung vom 20. August auf den 27.08.09 verschoben

4.4 Verkehr Schopenhauer Str./Kirchreihe bis zum Parkplatz

Herr Desenz hat beobachtet, dass in der Schopenhauer Str./Kirchreihe bis zum Parkplatz (Arzt/stark besucht) Verkehrsstauungen in beide Richtungen (ca. 10 Fahrzeuge) entstehen und Anwohner nicht in ihre Einfahrt können. Dadurch ist kein Einsatz von Rettungsfahrzeugen möglich. Er forderte ein einseitiges Parkverbot Richtung Norden.

Beantwortung durch Herrn Anke zu Protokoll:

Der Arzt in der Schopenhauerstraße wurde angeschrieben, dass er in seinem Wartezimmer seine Patienten auf die Probleme durch das Falschparken hinweist. Dieser Versuch soll vor etwaigen Parkregelungen erfolgen.

4.5 Halte- und Parkverbotsschilder Bereich Mühlenweg

Herr Desenz hat beobachtet, dass in der Herbartstr. ab Hegelstr. im Bereich Fichtestr., wo diese ein Bogen macht, im Bereich Mühlenweg unnötige Halte- und Parkverbotsschilder aufgestellt werden sollten

Beantwortung durch Herrn Anke zu Protokoll:

Das Parkverhalten soll zunächst beobachtet werden.

4.6 Fahrbahnmarkierungen Mühlenweg

Herr Desenz verwies darauf, dass im Mühlenweg - nach neuer Asphaltierung - keine Fahrbahnmarkierung vorgenommen wurde. Abends und bei Regen führen die fehlenden Fahrbahnmarkierungen zu gefährlichen Situationen.

Beantwortung durch Herrn Anke zu Protokoll:

Es wird bei der Polizei nachgefragt, ob die Mittelmarkierung aus Verkehrssicherungsgründen erforderlich ist.

4.7 Reinigung Verkehrsschilder

Herr Ender fragte an, warum die Reinigung der Verkehrsschilder durch die Fa. Eiben erfolgt. Er regte an zu prüfen, ob es nicht eine kostengünstigere Lösung dafür gibt.

Beantwortung durch Herrn Anke zu Protokoll:

Es ist in Vorbereitung ab 06.07.09 2 AGH-Kräfte für die Schilderreinigung einzusetzen.